

Zivilgesellschaft und anpassungsfähige Stadtquartiere

Daniel Dahm, Lutz Liffers, Gabriele Steffen, Gerhard Scherborn

1. Zivilgesellschaft und Stadt – ein neues Forschungsfeld

‘Zivilgesellschaft’ ist ein nicht eindeutig definierter, oftmals normativ aufgeladener Begriff.¹ Wir verwenden ihn² in seiner ursprünglich analytischen Bedeutung, da diese die Analyse unterschiedlicher Prozesse ermöglicht und so die vielschichtige Wirklichkeit städtischen Alltags theoretisch einfangen kann. Entscheidend an unserem Ansatz ist die Fokussierung von Zivilgesellschaft auf die Wechselwirkungen zwischen Stadtgesellschaft und städtischen Raum.

Der Begriff der Zivilgesellschaft hat sich als brauchbares Instrument bei der Erforschung von Bedingungen zur Entwicklung lebendiger städtischer Orte erwiesen. Umgekehrt stellen unsere empirischen Arbeiten aber auch eine wichtige Erweiterung der Debatte um den Zusammenhang von Stadt und (Zivil-)gesellschaft dar, deren Kern Bukow (2001, 31) pointiert formuliert: „Von der Urbanität der Städte (hängt) die Zivilität der Zivilisation ab.“³

Diese Wechselbeziehung legt die Frage nahe, wie es um die Urbanität in den Städten bestellt ist – um die vorhandene und die erwünschte. Unsere empirischen Arbeiten lassen dazu umfassende Auskünfte zu, die im folgenden beispielhaft dargestellt und in einen theoretischen Kontext gestellt werden.

1.1. Die Krise der Städte und die Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft

Vor dem Hintergrund der Krise der Stadt erlebt das Konzept der Zivilgesellschaft ungeahnten Zuspruch. Insbesondere die „Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ gilt als Strategie der Städte gegen sozialräumliche Polarisierung oder wird sogar als Ausweg aus der Finanzkrise der Kommunen insgesamt beschworen.

„Folgt man dem neuen Leitbild des Deutschen Städtetags ‚Die Stadt der Zukunft‘, dann werden Städte und Kommunen vor allem zwei Prozesse politisch zu steuern haben: Erstens wird es darum gehen, die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auf das Wesentliche zu beschränken, und zweitens muss ‚bürgerschaftliches Engagement‘ gestärkt werden.“⁴

Nachdem in den letzten Jahrzehnten städtische Funktionen systematisch vernachlässigt wurden⁵, scheint nun eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Potenziale der Stadt stattzufinden:

¹ Vgl. die dieses Problem ausführlich diskutierende Einleitung von Klaus M. Schmals und Hubert Heinelt 1997: Anspruch und Wirklichkeit ziviler Gesellschaften, Eine Diskussion mit offenem Horizont, Schmals, Heinelt 1997, S. 9-25.

² Ausgehend von den theoretischen Überlegungen des italienischen marxistischen Theoretikers Antonio Gramscis. Vgl. beispielhaft für viele den Aufsatz von Wolfgang Fritz Haug, Gramsci und die Politik des Kulturellen, Das Argument, Januar/Februar 1988, S. 32 f und Sabine Kebir, Antonio Gramsci, 1991 sowie Kebir und Gramsci, 1983.

³ Vgl. auch Schmals 1997, S. 399. Schmals entfaltet darin erste Ansätze für eine Ausformulierung dieser Zusammenhänge. Insbesondere im Abschnitt „Von der ‚Charta von Athen‘ zum ‚differentiellen Milieu‘“ werden erstmals Zusammenhänge zwischen stadträumlichen Strukturen und Entwicklungen der Zivilgesellschaft skizziert.

⁴ Soldt (2003), S. 64.

⁵ Vgl. beispielhaft Feldtkeller 1994.

auf die Städter und ihre kulturellen und sozialen Fähigkeiten. Es sieht ganz danach aus, als ob in der Diskussion um die Zukunft der Städte die Begriffe Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft endlich den ihrer Bedeutung angemessenen Stellenwert einnehmen würden – allerdings teilweise in einer problematischen inhaltlichen Verengung. Denn die kulturellen und sozialen Fähigkeiten der Städter könnten einseitig instrumentalisiert werden zur Lösung derjenigen Probleme, die durch falschen Städtebau, durch weltfremde Wachstumsphantasien und durch globale Entwicklungen erst entstanden sind. Nachdem jahrzehntelang die Städter kaum oder gar nicht gefragt wurden, sollen sie nun engagiert bürgerschaftlich handeln, um die Krise der Kommunen meistern zu helfen.

Diejenigen kulturellen und sozialen Fähigkeiten, die sich diesem Ziel nicht unterordnen lassen, laufen dabei Gefahr, als ‚nicht-bürgerschaftlich‘ abqualifiziert zu werden. Und denjenigen Städtern, die nicht ins Raster des engagierten, verantwortungsbewussten Bürgers passen, könnte der Eintritt in die Bürgergesellschaft verwehrt bleiben. Ein solch instrumenteller normativer Diskurs der Zivilgesellschaft läuft Gefahr, einen neuen Exklusionsmechanismus zu generieren.

Durch unsere empirischen Arbeiten ist es möglich, die Funktionen und Qualitäten zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Handelns aufzuzeigen, ohne in eine ‚Normierungsfalle‘ zu stolpern. In einem zweiten Schritt ist es dann möglich, die für ‚lebendige Orte‘ *erwünschten oder benötigten* zivilgesellschaftlichen Strukturen zu benennen.

Denn die damit verbundene Frage, wer die Städte gestalten darf, wie Stadt verstanden wird, ob globale Instanzen Stadt v.a. für marktökonomische Interessen zurichten, kommunale Verwaltungen ihre Bürgerinnen und Bürger paternalistisch versorgen oder ob eigene Ressourcen entwickelt werden können, eigene Gestaltungsräume sich eröffnen lassen und damit emanzipative Prozesse stattfinden können, führt ins Zentrum der Debatte um die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Entwicklung der Städte.

1.2. EVALO – Ein neuer Blick auf Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft wird in der Literatur zwar meist in den Städten ‚verortet,‘ ein konkreter Zusammenhang zu stadträumlichen Strukturen wird jedoch bisher nur vereinzelt hergestellt⁶. Im Projekt EVALO wird die Frage nach dem Zusammenhang von Zivilgesellschaft und der Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte gestellt. Dazu werden die Akteure, Institutionen, Räume und Orte zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und Entfaltung sowie deren Vernetzung unter verschiedenen Aspekten untersucht.

Als anpassungsfähig können solche Strukturen verstanden werden, die

- Initiative, Eigenverantwortlichkeit und auch Eigensinn,
- Selbstversorgung,
- Selbstregulierung und Autonomie,

⁶ So z.B. von Rödel (2001), der funktional und sozial gemischte öffentliche Räume als Voraussetzung und Forum lokalen zivilgesellschaftlichen Handelns sieht.

- Gemeinsinn und gemeinnütziges Handeln
- sowie den Umgang mit Differenz und Konflikten erleichtern,

im Gegensatz zu Strukturen, die das Handeln der Menschen abhängig machen

- von staatlicher Regulierung und Subventionierung,
- von großen Investoren und anderen vor Ort nicht steuerbaren Wirtschaftsakteuren,
- von Gleichartigkeit und Konfliktvermeidung.

Besonders interessiert uns in den drei Teilprojekten *Bildung*, *Integration* und *Urbane Subsistenz*, unter welchen (stadträumlichen) Bedingungen welche zivilgesellschaftlichen Strukturen entstehen:

- Unter welchen Bedingungen können Städter ihre Stadt ‘bilden’, und welche Bildungsprozesse erleben sie dabei?
- Welche stadträumlichen Bedingungen erleichtern ein auskömmliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Lebensweisen, und wie können sich Städter die Voraussetzungen für ihre Integration selber schaffen (‘Selbsteingliederung’)?
- Unter welchen Bedingungen versorgen sie sich und ihre soziale Gemeinschaft mit Dienstleistungen und Gütern und bilden so eine subsistenzwirtschaftliche Infrastruktur der Stadt, leisten eigenmotiviert produktive Arbeit und investieren sie in ihren Stadtteil?

Der Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und Stadt eröffnet ein weites Forschungsfeld, das mit folgenden Leitfragen umrissen werden kann:

- Welche Stadtstrukturen – und welche stadträumlichen Faktoren im einzelnen – erleichtern oder behindern die Entstehung und Entfaltung bestimmter ziviler Prozesse, wie Kooperation, Kommunikation, Partizipation, Integration und den Umgang mit Differenz, gemeinschaftsorientierte Selbstversorgung und urbane Bildung?
- Was heißt es und wie wirkt es sich aus, wenn Strukturen funktional spezialisiert oder funktional offen sind?
- Welche Gestaltungsräume werden durch unterschiedliche Stadtstrukturen für Zivilgesellschaft eröffnet? Welches sind wichtige Räume und Orte und Infrastrukturen der Zivilgesellschaft?
- Auf welche Weise wirken Bürgerinnen und Bürger gestaltend auf die gemeinsame baulich-räumliche und soziale Umwelt? Welche Faktoren begünstigen und welche behindern zivilgesellschaftliches Handeln im öffentlichen Raum?
- In welchem Wechselspiel steht Zivilgesellschaft mit Markt und Staat bezüglich der Gestaltungsoptionen und -strategien städtischer Wirklichkeit und Entwicklung?

Im Projekt EVALO wird der Zusammenhang gesellschaftlicher Aufgaben und individueller Alltagsorganisation mit stadträumlichen Verhältnissen thematisiert und untersucht. Gefragt wird nach den je unterschiedlichen Leistungen, die unterschiedliche Siedlungsformen für Bildung, Integration, Versorgung, Arbeiten, Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und Kommunikation erbringen.

1.3. Zivilgesellschaftliches Handeln

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist zwar in aller Munde, Einigkeit über seine Bedeutung herrscht in der wissenschaftlichen Diskussion allerdings nicht. Der Begriff wird sowohl deskriptiv als auch normativ verwendet⁷, sowohl für einen bestimmten Teilbereich der Gesellschaft als auch als Leitbild für die Gesellschaft insgesamt. Wir finden es für unsere Untersuchungen hilfreich, den Begriff durch das Merkmal der *zivilen Auseinandersetzung* zu definieren. *Zivil* soll heißen, dass konträre Positionen und Interessen nicht mit körperlicher Gewalt ausagiert, sondern mit friedlichen Mitteln austariert werden. Diese Zivilität ist letztlich das Ergebnis eines Jahrhunderte andauernden Prozesses der Zivilisation⁸ (den übrigens die Städte vorangetrieben haben), in dessen Verlauf Gewalt zwar nicht eliminiert, aber in den sozialen Verhältnissen domestiziert wurde. Der teilweise grausame Prozess der Zivilisierung⁹ und der Abspaltung des Naturhaften und Wilden hat eine Gesellschaft hervorgebracht, in der Zivilität das Grundmuster alltäglichen Handelns ist.

Das bedeutet nicht auch schon, dass sie automatisch „gerechte Lösungen“ hervorbrächte. Aber das Prinzip der Zivilität macht gerechte Lösungen wahrscheinlicher, und das umso mehr, je stärker die ergänzenden Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität ausgeprägt sind.

- < *Subsidiarität* soll zum Ausdruck bringen, dass die Wahrung von Gruppen- und Gemeinschafts-Interessen auch ohne Unterwerfung unter obrigkeitliche Gewalten aus der Gesellschaft heraus möglich ist, durch Eigentätigkeit, Diskurs und Aushandeln.
- < *Solidarität* bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Interessenwahrung kooperatives Handeln erfordert.

Zivil und im Ansatz subsidiär und solidarisch kann z.B. ein Ständestaat verfasst sein, aber es ist klar, dass das Prinzip der Subsidiarität in einer demokratischen Gesellschaft sehr viel weiter ausgebaut ist, weil es dort ohne die Vermittlung durch Standesvertretungen direkt für die Bürger und ihre Gruppierungen gilt. Deshalb kann man von einer besonderen, fortgeschrittenen Form der Zivilgesellschaft sprechen, wenn die zentralen Verfassungsorgane und Verwaltungseinrichtungen, die einen wesentlichen Teil der Zivilgesellschaft bilden, nicht nur Teile der politischen Willensbildung den intermediären Organisationen übertragen, sondern auch dem bürgerschaftlichen Engagement selbst die Möglichkeit einräumen, Funktionen der Zivilgesellschaft in eigene Regie zu nehmen. Es sind insbesondere zwei Funktionen:

- Das *Austragen* gesellschaftlicher Konflikte um die Befriedigung von Ansprüchen bzw. die Berücksichtigung von Vorstellungen gesellschaftlicher Gruppen, die sich vernachlässigt oder übergangen fühlen. Hier geht es um Machtfragen, um Hegemonie, um Angriff und Verteidigung im Rahmen eines zivilen Reglements.

⁷ Mitunter hat er auch nackte propagandistische Bedeutung, wenn beispielsweise die US-amerikanische Regierung den Feldzug gegen den Irak damit begründet, sie wolle im Irak eine „Zivilgesellschaft“ aufbauen, was nichts anderes bedeuten kann als die Behauptung, eine Zivilgesellschaft habe es im Irak in keiner Weise gegeben. Auch die behauptete Entstehung von Zivilgesellschaften in den Staaten des ehemaligen Ostblocks muss kritisch auf ihren Gehalt hin befragt werden.

⁸ Vgl. Elias 1976

⁹ Foucaults Arbeiten haben dies detailliert dokumentiert

- *Versorgung* mit privaten und Gemeinschaftsgütern, die von den zentralen und intermediären staatlichen oder kommunalen Organen nicht zur Verfügung gestellt werden und auch vom Markt, genauer: den Produktions- und Handelsunternehmen, nicht bedient werden oder durch bürgerschaftliche Initiative besser oder erschwinglicher hergestellt werden. Hier wird unmittelbar einsichtig, wie das Zivilitätsprinzip die Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität impliziert: Die eigenständige Entfaltung der einzelnen in subsidiärem und kooperativem Handeln bewirkt, dass „die Kompetenz des jeweils personennäheren Lebenskreises erhalten bleibt“ und zugleich dessen Verantwortung, Aufgaben, die in ihm selbst bewältigt werden können, aufzugreifen und nicht „der übergeordneten Instanz zu überlassen“¹⁰.

Unter dem Arbeitsbegriff Zivilgesellschaft fassen wir also zwei gesellschaftliche Regulationssysteme: Zunächst werden damit ganz allgemein diejenigen zivilen Strukturen bezeichnet, die von hoch formalisierten Institutionen¹¹, von eher informell agierenden Institutionen¹² und von ‚blind‘ handelnden gesellschaftlichen Milieus und Akteuren¹³ hervorgebracht werden und die jenseits von ökonomischen und politischen Dynamiken liegen. In diesem Sinne steht Zivilgesellschaft in enger Wechselwirkung mit politischen und ökonomischen Strukturen – aber sie wirkt als eigenständiges Kräftefeld der Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund kann Zivilgesellschaft in Form der Bürgergesellschaft in Erscheinung treten, in der die subsidiär und solidarisch verfasste Gesellschaft jenseits marktlicher Strukturen eigenständige Formen der ökonomischen, sozialen und kulturellen (Selbst-)Versorgung und Produktion hervorbringt. Bürgerschaftliche Einrichtungen als zivil gesteuerte Institutionen sind wesentliche Bestandteile der Bürgergesellschaft, aber darüber hinaus spielen auch Unternehmen, Verbände, Börsen, Konsumenten und Gewerkschaften eine zentrale Rolle in der Entwicklung – oder Blockade – bürgerschaftlicher Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit städtischen Strukturen sind für uns folgende Aspekte der Diskussion um Zivilgesellschaft wesentlich:

Städtische Zivilgesellschaft ist die Grundlage städtischer Öffentlichkeit, ihr tragendes Prinzip sollte zivile Subsidiarität sein, und deren Wirksamkeit beruht entscheidend auf der Aktivität bürgerschaftlicher Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen, Vereine, Initiativen, aber auch von Institutionen wie Presse/Medien, Schulen oder Gewerkschaften.

Daran zeigt sich, wie intensiv miteinander verflochten die Akteure der Zivilgesellschaft tatsächlich sind. Bei der Feuerwehr etwa wird eine staatliche Pflichtaufgabe, jedenfalls in kleineren und mittleren Städten, noch überwiegend bürgerschaftlich getragen. Schulen sind als ausführende Organe eines von der Politik festgelegten Curriculums zunächst einmal Institutionen der staatlich-administrativen Sphäre. Gleichzeitig befinden sich Schulen in konkreten Stadtteilen, engagiert sich möglicherweise eine an der Ausbildung der eigenen Kinder besonders interessierte Elternschaft für die Schule, gibt es zahlreiche Querverbindungen, „wirkt“ die Schule

¹⁰ Fachlexikon der sozialen Arbeit, S. 936

¹¹ Organe der staatlichen und kommunalen Gewaltenteilung, Marktunternehmen und Börsen, Verbände, Kirchen, Hochschulen ...

¹² Gruppen, Vereine, Initiativen ...

¹³ Konsumenten, ‚der heimliche Lehrplan in den Schulen‘, ‚Aneignungsverhalten im öffentlichen Raum‘...

und ihr heimlicher Lehrplan im Quartier etc. und ist Schule deshalb in dieser Rolle ein bürgerschaftlicher Akteur. Ähnliches gilt für kommunale Entscheidungsinstanzen: Als Organe der Verwaltung sind sie Teil der staatlichen Hierarchie, aber als Akteure vor Ort, die durchaus auch mit (teil-)autonomen Interessen agieren, sind beispielsweise die Mitglieder in einem Stadtteilbeirat auch Akteure der Bürgergesellschaft. Ein Geschäft kann auch in bürgerschaftlicher Trägerschaft, z.B. zur Versorgung mit Bioprodukten, geführt werden. Ein Laden, eine Werkstatt im Stadtteil sind marktwirtschaftliche Unternehmen, die aber durch ihr Engagement z.B. zur Beschäftigung Jugendlicher im Stadtteil auch einen bürgerschaftlichen „Mehrwert“ erzeugen können. Ein Copy-Shop dient gleichzeitig als Umschlagplatz wichtiger kultureller Informationen und als Begegnungsplattform verschiedener Nationalitäten u.s.f.

Es sind eben genau diese sich überlappenden Übergänge, die die Wirksamkeit von Zivilgesellschaft im Kern ausmachen und zu einer Selbststabilisierungsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft oder aber auch zu neuen Hegemoniekonstellationen führen.

Während die *staatliche* Regelung von Konflikten und Ansprüchen durch ein eher starres, formalisiertes Regelsystem, formale Voraussetzungen, feste Zuständigkeiten, Sanktionsmöglichkeiten und Hierarchien geprägt ist und die *marktökonomische* durch den formellen Austausch von Leistungen und Waren, die Verpflichtung zu monetären Zahlungen und geldwerten Gegenleistungen, zeichnet sich das *zivilgesellschaftliche* Vorgehen durch ein komplexes, ständig sich veränderndes, stillschweigend von allen Beteiligten anerkanntes ziviles Reglement aus¹⁴, das es ermöglicht, Interessen zu formulieren und zu erfüllen bzw. Partikularinteressen ohne physische Gewaltanwendung durchzusetzen. So spielt das zivilgesellschaftliche Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen eine zentrale Rolle. Das *bürgerschaftliche* Vorgehen folgt dem zivilen Reglement und wird ergänzt durch ein bürgerschaftliches Bewusstsein, das sich der aktiven und kooperativen Teilhabe am zivilen Gestaltungsprozess der Bürgergesellschaft verpflichtet. Hier kommt den Prinzipien von Demokratie, Gewaltenteilung und einem verantwortlichen Gemeinschaftsbewusstsein besondere steuernde Bedeutung zu.

Ziviler Interessenausgleich und zivile Selbsttätigkeit beginnen beim nicht-organisierten, spontanen Handeln im Alltag, etwa wenn Konflikte im öffentlichen Raum ohne Einschalten der Polizei oder eines Rechtsanwalts gelöst werden¹⁵ oder wenn eine Gruppe oder Nachbarschaft notwendige Dienste leistet, *ohne* Geld zu verlangen, auf öffentliche Zuschüsse zu warten oder auf ihre formale Nichtzuständigkeit hinzuweisen.

Die Akteure der Zivilgesellschaft können sich zur Bündelung von Interessen aber auch zusammenschließen und dazu unterschiedliche Organisationsformen wählen - von nicht hierarchisch aufgebauten, nicht professionalisierten, spontan oder auch regelmäßig handelnden Bündnissen oder Initiativen bis hin zu überlokal agierenden Großorganisationen. Gemeinsam ist ihnen, dass nicht staatlicher oder ökonomischer Zwang, sondern ein Thema oder ein Interesse die Gruppe verbindet und dass die jeweilige Gruppe darin eine Möglichkeit sieht, das

¹⁴ Das bedeutet nicht, dass es nicht dennoch zum immer wieder auftretenden Verletzen, zum Bruch des unausgesprochenen zivilen Kodexes gemeinsamen Miteinanders kommt.

¹⁵ An diesem Beispiel gilt zu problematisieren, dass das Verhältnis einst umgekehrt war, respektive immer noch ist: Die Polizei verschuf dem Zivilen mit der Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates erst den notwendigen Raum und schützte so Einzelne oder Gruppen vor der Willkür der Anderen.

gesellschaftliche Zusammenleben in bestimmter Richtung (durch bestimmte Akteure, in bestimmten Räumen) zu gestalten.

Im besten Falle kann Zivilgesellschaft dann eine diskursive und emanzipative Öffentlichkeit hervorbringen, zu der

„ein hohes Maß an gesellschaftlicher Selbstorganisation (gehört), z.B. in Vereinen, Assoziationen und sozialen Bewegungen, mit entsprechenden Ressourcen wie Kommunikationsfähigkeit, Bildung und Vertrauen. Zu 'Zivilgesellschaft' gehören legitime Vielfalt, der geregelte Konflikt und ein spezifischer Umgang mit der Gewalt: deren Zähmung, Einbegung und Minimierung. Zu 'Zivilgesellschaft' gehört eine Kultur der Zivilität, einschließlich der Hochschätzung für Toleranz, Selbständigkeit und Leistung sowie die Bereitschaft zum individuellen und kollektiven Engagement über rein private Ziele hinaus“ (Kocka 2001, S. 10).

Um den Begriff der Zivilgesellschaft selbst findet eine hegemoniale Auseinandersetzung statt. Einerseits wird versucht, ihn in ein Konzept zur Abwälzung sozialer Kosten von Markt und Staat auf die Selbsthilfe der Bürger einzuspannen. Andererseits steht Zivilgesellschaft für das politische Projekt einer diskursiven Öffentlichkeit, das ähnlich wie das Projekt Demokratie den Charakter einer „produktiven Utopie“ hat. Das Selbsthilfe-Konzept gerät in Gegensatz zum Öffentlichkeits-Konzept, wenn dem Engagement der Bürger zugemutet wird, genuin öffentliche oder Marktaufgaben zu übernehmen, also etwa die gegenwärtige Tendenz zur Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung, zur Deregulierung sozialstaatlicher Systeme und zum Rückzug der Unternehmen aus sozialen und kommunalen Verpflichtungen abzufordern. Realisierbar ist diese Zumutung nicht; wenn sie in der politischen Diskussion dennoch als Alternative zum Öffentlichkeits-Konzept eingesetzt wird, so wird dadurch zugleich auch der zivilgesellschaftliche Gehalt der Selbsthilfe diskreditiert.

In bewusster Absetzung von dieser Diskussion verwenden wir das theoretische Modell der Zivilgesellschaft zur Analyse der Wechselwirkungen zwischen stadträumlichen Gegebenheiten und Städten, um anschließend *wünschenswerte* – im Sinne einer diskursiven und emanzipativen Öffentlichkeit – zivilgesellschaftliche Prozesse zu beschreiben. In diesen Prozessen wird die politisch-administrative und die marktökonomische Rationalität ergänzt und kontrolliert durch die zivilgesellschaftliche. Das geschieht in einem

- **Handlungsfeld**, das auch räumlich verankert ist (ein Raum, den man betritt – im Gegensatz zu einer sozialen Position, an die man dauerhaft fixiert ist), und einem
- **Ort** der Auseinandersetzung,
- der sich in der **öffentlichen Sphäre** befindet (im Gegensatz zur privaten),
- in dem die **Akteure als Zivilisten handeln** (nicht als „Uniformträger“), als aktiv tätige Menschen, die sich selbst zuständig fühlen, ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen, statt sie an Institutionen oder „den Staat“ zu delegieren,
- geleitet von **Spielregeln**, die durch einen hohen Grad an Selbstregulierung und Verbindlichkeit gekennzeichnet sind.

Im Vordergrund unseres Interesses stehen dabei auf der Akteursseite sowohl

- das nicht organisierte zivilgesellschaftliche Handeln im öffentlichen Raum,

- organisierte bürgerschaftliche Gruppen und Einrichtungen als auch
- Gruppen, Einrichtungen, Akteure, die zwar einer anderen Sphäre angehören (Staat oder Wirtschaft), aber hier bürgerschaftlich handeln (wie Stadtteilschule).

2. Zivilgesellschaft und die Anpassungsfähigkeit der Stadt: Drei Aspekte

VALO will und kann nicht eine Studie zur Bedeutung der Zivilgesellschaft in deutschen Städten vorlegen. Aber die einzelnen Teilprojekte haben Ausschnitte oder Elemente der Zivilgesellschaft untersucht und können die Wechselwirkung zwischen stadträumlichen Strukturen und der zivilen Subsidiarität darstellen. VALO leistet so einen notwendigen Beitrag zur Debatte um Zivilgesellschaft, indem wir städtische gesellschaftliche Prozesse und stadträumliche Bedingungen explizit als Elemente in den Diskurs einbringen. Wir können benennen, welchen Beitrag nutzungsgemischte Stadtteile für die Zivilgesellschaft leisten und welche stadträumlichen Bedingungen die Entfaltung von Zivilgesellschaft behindern oder erleichtern. In der Arbeitsgruppe ‘Zivilgesellschaft und Stadt’ haben drei Teilprojekte des Gesamtvorhabens dies beispielhaft aufgeführt.

2.1. Urbane Subsistenz

Das Teilprojekt ‘Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt’ untersucht bürgerschaftliche Einrichtungen wie Selbsthilfegruppen, Initiativen, Vereine, Nicht-Regierungs-Organisationen, Bündnisse, die durch Mobilisierung ehrenamtlicher Arbeit erhebliche Beiträge zur städtischen Versorgung mit sozialen und kulturellen Gütern erbringen. Das Projekt konzentriert sich auf Einrichtungen, die als Zusammenschlüsse mit geringem formellem Organisationsgrad einerseits und hohem Anteil an unbezahlter Arbeit andererseits konzipiert sind.¹⁶ Sie bilden eine wichtige zivilgesellschaftlich getragene subsistenzökonomische Infrastruktur der Stadt. Ergänzt wird dieser Schwerpunkt des Projektes durch die Untersuchung von privater, d.h. häuslicher oder nachbarschaftlicher Selbstversorgung mit Dienstleistungen und materiellen Gütern im städtischen Raum. Gezeigt wird, dass und wie die urbane Subsistenz wichtige, gesellschaftlich wie ökonomisch bisher unterbewertete Beiträge zur Stärkung und Kultivierung zivilgesellschaftlicher Kräfte leistet.

Namentlich die ‘öffentliche’ Subsistenz im städtischen Raum (im Unterschied zur ‘privaten’ Subsistenzarbeit) fördert und bildet kooperative und kommunikative Prozesse und Netzwerke, stärkt Kompetenzen zur sozialen und kulturellen Selbstversorgung mit gemeinschaftsorientierten Gütern und trägt auf beiden Wegen zur Bildung und Stabilisierung einer anpassungsfähigen Infrastruktur der Stadt bei. Das Teilprojekt bezieht sich damit insbesondere auf den bürgerschaftlich engagierten Teil der Zivilgesellschaft und verwendet den Begriff der Bürgergesellschaft, der den Wert von Zivilgesellschaft im Sinne gegenseitiger bürgerlicher Verantwortung und Solidarität betont. Es wird gezeigt, dass urbane Subsistenz nicht nur soziokulturelle Impulse und Innovationen für die Gesellschaft herstellt, sondern darüber hinaus bedeutende ökonomische Effekte erzielt.

¹⁶ Daher wurden überwiegend formelle Organisationen wie Caritas oder Kirche ausgeklammert. Ebenso wurde auf die Untersuchung von Organisationen wie Sport- oder Karnevalsgesellschaften verzichtet, weil die in diesen verrichtete ehrenamtliche Arbeit überwiegend Freizeitcharakter hat.

Die bürgerschaftlichen Einrichtungen lassen sich vor diesem Hintergrund als zivilgesellschaftliche *Unternehmen* darstellen,¹⁷ die durch die Kombination haupt- und ehrenamtlicher Arbeit und auf der Grundlage ziviler Netzwerke und Kooperationen ein weites Spektrum sozialer und kultureller Leistungen erbringen. Das Teilprojekt untersucht, was die urbane Subsistenz zur infrastrukturellen Stärkung bürgergesellschaftlicher Kräfte in Stadtquartieren beiträgt, welche Versorgungsleistungen sie in die Stadtgesellschaft einbringt und welche politisch-administrativen und städtisch-planerischen Faktoren ihre Leistungsfähigkeit fördern bzw. beschränken.

2.2. Integration und Nutzungsvielfalt

Das Teilprojekt 'Integration und Nutzungsvielfalt im Stadtquartier' verweist auf die Bedeutung stadträumlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen für den Umgang zwischen Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Lebensweisen. Integration ist heute nicht mehr als bloße Assimilation und starres Eingebundensein in ein homogenes gemeinschaftliches Umfeld zu verstehen, sondern als interaktiver Prozess, der Angehörige von Mehrheiten und Minderheiten zueinander in Beziehung setzt. Integration vollzieht sich alltagspraktisch durch aneinander orientiertes und wechselseitig interpretiertes Handeln, als Austausch, auch wirtschaftlicher Art. Integration erfolgt nicht in 'die' deutsche Gesellschaft, sondern in eine städtische Mikrowelt, die zunehmend heterogen und von einer Vielzahl von Lebensformen, -stilen und -entwürfen geprägt ist und dazu zwingt, den eigenen Platz in dieser Gesellschaft selbständig zu suchen und die eigene Lebenswelt zu kreativ gestalten – das gilt für Zugewanderte ebenso wie für Alteingesessene.

Integration meint, dass auch 'Andere' in ihrer Eigenart und mit ihren spezifischen Bedürfnissen Anerkennung finden, in soziale Netzwerke und ökonomische Kreisläufe eingebunden sind, dass die Menschen bei allen Differenzen kooperierend in Kontakt zueinander treten und im Konfliktfall für alle akzeptable Lösungen aushandeln können. Nicht allein Gesetzgebung, staatliche 'Integrationsprogramme', sozialfürsorgerische Einrichtungen und der existierende Arbeitsmarkt, die durch die Standards und Normen der Mehrheit geprägt sind, stellen die Voraussetzungen zur Integration zur Verfügung, sondern gerade auch den zivilgesellschaftlichen Strukturen kommt für die Integration von Minderheiten besondere Bedeutung zu. Die zivilgesellschaftliche Arena bietet Möglichkeiten, besondere Ansprüche zu formulieren, öffentlich, nachvollziehbar und geltend zu machen. Diese Vorgänge haben auch symbolische und räumliche Komponenten, wenn Minderheiten Orte als Treffpunkte und für ihre eigenen Zwecke nutzen oder schaffen und dadurch sichtbar ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen.

Dabei kommt den 'Rändern' des Begriffs Zivilgesellschaft besondere Bedeutung zu: Dort, wo sich Zivilgesellschaft mit der ökonomischen und/oder der politisch-administrativen Sphäre verzahnt, entstehen besonders interessante Mechanismen der Integration.

2.3. Bildung und Stadt

Das Teilprojekt 'Bildung und Stadt' betrachtet die Zivilgesellschaft unter dem Aspekt von Bildungsprozessen, die in der oben beschriebenen diskursiven Öffentlichkeit permanent ange-

¹⁷ Ulrich Beck spricht sogar von 'Gemeinwohlunternehmen', vergleiche Beck, 1999.

stoßen werden. Bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Zivilgesellschaft geht es um Meinungsmacht, Raumanerkennung, Etablierung und Durchsetzung kultureller Muster, um Verteidigung von Privilegien, um das Etablieren öffentlicher Zeichen und Symbole, um Seh- und Ausdrucksweisen, Grenzziehungen, Definition von Abweichung etc. All diese Prozesse werden als urbane Bildungsprozesse bezeichnet, weil sie städtischen Raum und die Stadtbewohner bzw. die Stadtgesellschaft in Wechselwirkung bilden.

Dabei konnte gezeigt werden, dass Nutzungsgemischte und sozial gemischte Stadtquartiere über einen großen Fundus von Räumen und Orten für urbane Bildungsprozesse verfügen. Jedoch ist die bloße Anwesenheit von Fremden, von Differentem, von Konflikten keine Gewähr für kollektive, kreative und emanzipatorische Bildungsprozesse. 'Nutzungsmischung' ist unter diesem Gesichtspunkt noch keine ausreichende Antwort, sondern eine Frage: Welche Nutzungen müssen wie gemischt sein, damit Orte entstehen können, in denen sich urbane Bildung entzünden kann?

Hier kommt der Qualität öffentlicher Räume, der Qualität symbolischer Orte und dem kulturellen Diskurs, der lokal verortet ist, besondere Bedeutung zu. Deutlich ist in unseren Studien auch geworden, dass die Geschichte eines Quartiers und die Umbruchsituationen der postindustriellen Phase großes Potenzial für urbane Bildungsprozesse freisetzen können – wenn die entstehenden Freiräume nicht 'von oben' mit nur einer Lesart besetzt werden.

Die Eroberung, Verteidigung oder Neudefinition solcher Freiräume ist Gegenstand zivilgesellschaftlichen Handelns in institutionellem wie nicht-institutionellem Rahmen. Die damit verbundenen informellen Bildungsprozesse sind von entscheidender Bedeutung für die Herausbildung individueller wie kollektiver sozialer Kompetenz (im Sinne von Kooperations- und Vernetzungsfähigkeit) und für den sozialen Zusammenhang im Quartier. Diese sogenannten „wider benefits of learning“ (s. Schuller et al. 2001) sind Ergebnis von Lernprozessen, die Bestandteil alltäglichen sozialen Handelns sind. Sie werden erworben durch die Teilhabe an der städtischen Praxis und durch deren Neugestaltung. Zunehmende Partizipation und Einmischung der Städter in ihren öffentlichen Angelegenheiten sind also immer auch als urbane Bildungsprozesse zu interpretieren. Unser Interesse gilt dabei besonders der Herausbildung des städtischen Sensus communis oder Gemeinsinns, der nur im sozialen Kontext entwickelt und zur Geltung gebracht werden kann. Denn im Zentrum zivilgesellschaftlicher Aushandlungsprozesse steht nicht zuletzt die Frage, wer die Inhalte des Sensus communis – seien es Vorstellungen, Umgangsweisen, Sprachregelungen, Symbole etc. – definiert und wer die Macht hat, seine Definitionen durchzusetzen.

3. Empirische Befunde

Im folgenden Kapitel werden beispielhaft empirische Befunde aus den drei Teilprojekten der Arbeitsgruppe 'Zivilgesellschaft und Stadt' ausgewertet, um den grundsätzlich in allen Teilprojekten nachweisbaren Zusammenhang zwischen funktionsgemischten Quartieren, lebendigen Orten und der Funktionsfähigkeit von Zivilgesellschaft aufzuzeigen. Im ersten Abschnitt werden verschiedene Dimensionen des Zusammenhangs zwischen zivilgesellschaftlichem Handeln und stadträumlichen Voraussetzungen erörtert, im zweiten Abschnitt werden fünf wesentliche Ergebnisse festgehalten und der letzte Abschnitt dient der Formulierung von Lei-

stungen, die Stadtteile erbringen müssen, um das Erstarken von Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

3.1. Beispiele für die stadträumlichen Voraussetzungen zivilgesellschaftlichen Handelns

3.1.1. Die ökonomische Dimension

Ein Beispiel: Von 1097 erfassten Einrichtungen der urbanen Subsistenz in Köln – eine auf 1000 Einwohner! – leisten rund 53 % Beratung, 46 % erbringen Kommunikations- und Vernetzungsangebote und bei 41 % geht es um Selbsthilfe und Erfahrungsaustausch. 38 % der Einrichtungen haben Integration zum Thema, bei 28 % hat die Begegnung zwischen Menschen eine wichtige Funktion, knapp 27 % vertreten politische Interessen, 26 % erbringen Betreuungsleistungen gegenüber Kindern, Jugendlichen, Alten, Kranken, Behinderten und Menschen in Not. Für 21 % der Einrichtungen gehören die Belange von Kindern und Eltern zu den zentralen Aufgaben. 19 % leisten künstlerisch-musische Arbeit in Musik, Kunst, Theater. 17 % sind Nachbarschaftsinitiativen und Gruppen, die sich mit der Gestaltung des eigenen Stadtteils beschäftigen. Bei 12 % zählen Bildung und Qualifikation zu den zentralen Angeboten, knapp 11 % befassen sich mit interkulturellen Themen und kulturellen Identitäten. 6 % widmen sich Umwelt-, Natur- und Tierschutz bzw. Ökologie, während rund 5 % sich der Thematik des Altwerdens und Altseins und den damit verbundenen Problemen widmen. In ihrer Dimension und Vielfalt lassen sich diese Ergebnisse aus Erhebungen in Stuttgart und Berlin bestätigen. Abweichungen ergeben sich entsprechend des Lokalkolorits bei manchen Zielgruppen und Angebotstypen, nicht aber in Bedeutung und Umfang ihrer Leistungen.

In urbaner Subsistenz werden zivilgesellschaftliche Kräfte gebündelt und eigenverantwortlich eine Selbstversorgung mit Wohlfahrtsleistungen organisiert. Die erbrachten Leistungen werden direkt wieder in die Zivilgesellschaft eingebracht und so rückwirkend Solidargemeinschaften gestützt und Kooperationsnetze gefördert. Das sind wichtige Beiträge zum Gemeinschaftsleben. Manche von ihnen werden zwar teilweise auch am Markt angeboten oder von Staat und Kommune besorgt. Doch reicht das, was der Markt und die öffentliche Hand übernehmen können, bei weitem nicht aus, denn es ist zu kostspielig und lässt in bestimmter Hinsicht wichtige Qualitätsmerkmale vermissen. Den größeren Teil des Bedarfs deckt die öffentlichen Subsistenzarbeit, und das *zu günstigeren und vielfach auch zu angemesseneren Bedingungen*.

- *Günstiger* ist sie, weil durch die ehrenamtliche Arbeit die Kosten für die formelle Beschäftigung bezahlter Angestellter gesenkt werden. Das ist notwendig, weil die erbrachten Leistungen zu vollen Kosten von der öffentlichen Hand nicht finanzierbar und am Markt nicht bezahlbar wären, jedenfalls nicht von dem größten Teil derer, die ihrer bedürfen. Nach Berechnungen in Berlin und Köln liegt der 'Wohlfahrtsmultiplikator' zwischen 2 und 3, d.h. öffentliche Zuschüsse zur Beschäftigung eines hauptamtlichen Mitarbeiters ermöglichen die Tätigkeit von so vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern, dass dadurch das Zwei- bis Dreifache an Arbeitsleistung finanziert wird.
- *Angemessener* ist sie zumindest dort, wo die Qualität der erbrachten Leistungen auch von der aufgewandten Zeit abhängt, wie z. B. in der Pflege, in der Beratung von Menschen mit geringer Informationsverarbeitungskapazität, in der Entwicklung von Innovationen mit von Investoren noch nicht erkannten Rentabilitätschancen. Sie ist in

solchen Fällen, geeignete Qualifikation vorausgesetzt, *von bedarfsangemessenerer Qualität*, weil sie nicht gegen Bezahlung organisiert und entlohnt, sondern freiwillig und empathisch erbracht wird und deshalb die jeweilige spezifische Problematik sorgfältiger erfasst.

Das darf nicht als Kompensation der Leistungsschwächen von Markt und Staat missverstanden werden. Wie die eigenständige Bedeutung der privaten Subsistenz verkannt wird, wenn man sie zur 'Reproduktion' degradiert, so hat auch die öffentliche Subsistenz ihre eigene, besondere Qualität. Sie stärkt die gesellschaftliche Stabilität, indem sie sozialen Segregationsprozessen entgegen wirkt, indem sie Menschen verschiedener Lebensstile und Kulturen gesellschaftlich integriert. Sie fördert soziale Kompetenzen, die Fähigkeit zu Selbstorganisation, Kooperation und Kommunikation, zur kreativen Überwindung von Hindernissen, zu Partizipation, und durch all dies die innere Unabhängigkeit der Bürger. Sie erhöht die Lebensqualität und die Standortattraktivität, indem sie die Vielfalt sozialer und kultureller Leistungen vermehrt, Kreativität und Innovation in den Künsten wie in Alltagsbelangen vitalisiert.

Diese ökonomische Dimension der Zivilgesellschaft bildet in vielen Belangen die heimliche Grundlage vieler marktökonomischer Folgeprozesse, die oft unbemerkt auf die Leistungen der urbanen Subsistenz aufbauen. Dies muss mehr als bisher anerkannt werden. Denn die öffentliche Subsistenz braucht anpassungsfähige städtische Räume ebenso wie unterstützende sozioökonomische und politische Rahmenbedingungen, um den Anspruch langfristiger (Selbst)Versorgungsleistung und –sicherheit erfüllen zu können, zumal die Nutzung der hieraus erbrachten Wohlfahrtsleistungen bereits für viele Menschen alltägliche Normalität darstellt. Politische wie kommunale Maßnahmen könnten maßgeblich dazu beitragen, eine sichere und verlässliche Verfügbarkeit und Qualität bürgerschaftlicher Arbeitsleistungen und die Sicherheit und Kontinuität einer verfügbaren Subsistenzinfrastruktur zu gewährleisten. Urbane Subsistenz zu fördern, heißt auch, die formellen administrativen und rechtlichen Voraussetzungen für bürgerschaftliche Einrichtungen zu verbessern und anzupassen. Dies betrifft den Zugang zu Fördergeldern und Krediten ebenso wie die öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement und seine Leistungen.

3.1.2. Die interkulturelle Dimension am Beispiel von Moscheeneubauten

Einrichtung und Bau von Moscheen bieten besonders aufschlussreiche Beispiele für zivilgesellschaftliche Prozesse, die auf der einen Seite die Gestaltung und Nutzung städtischer Räume betreffen, auf der anderen Seite in engem Zusammenhang mit Subsistenz, Bildung und Integration stehen. Standorte werden entweder abseits in Industriegebieten gesucht oder aber in traditionell gemischten Gebieten, wo schon viel anderes ist. Ob und wie die zu Anfang oft heftig umstrittenen Projekte ('nicht alles in unseren Stadtteil') umgesetzt werden, hängt von stadträumlichen Bedingungen und zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen ab, die ganz unterschiedlich verlaufen können.

Empirische Beispiele für solche zivilgesellschaftlichen Prozesse sind die häufig sehr emotional geführten Auseinandersetzungen, die stattfinden, wenn eine islamische Vereinigung eine repräsentative Moschee bauen möchte. Migranten erheben in diesem Fall den Anspruch, deutlich sichtbar und auch mit Stolz einen Ort zu schaffen, um ihre von der deutschen Bevölkerung nicht geteilte Religion auszuüben. Das Ansinnen ruft in der Regel bei einem Teil der deutschen Bevölkerung heftige Widerstände hervor, während andere es befürworten und sich

mit den Migranten solidarisieren. Neben dem Träger der geplanten Moschee und der Kommune und den Ortsverbänden der Parteien schalten sich weitere organisierte oder private Akteure ein und beziehen Stellung. Die lokale Presse berichtet meist ausführlich. Dadurch finden öffentliche und persönliche Auseinandersetzungen mit der islamischen Religion und ihren unterschiedlichen Vereinigungen statt sowie mit den Rechten, die religiösen Minderheiten eingeräumt werden sollen.

Es werden auch grundlegende politische Diskurse ausgelöst, denn dem Recht auf freie Religionsausübung stehen Bedenken entgegen, wenn eine spezifische religiöse Vereinigung antidemokratische Ziele verfolgt, wie es bei manchen Varianten des Islam der Fall ist. So kann die Auseinandersetzung um einen Moscheeneubau auch dazu führen, dass – im Idealfall auf beiden Seiten – das Verständnis von Demokratie bekräftigt und vertieft wird.

In **Stuttgart Süd**, wo der Gemeinderat den geplanten Moscheebau schließlich abgelehnt hat, gründete sich beispielsweise eine Initiative 'Pro Heschl', die sich gegen die Moschee engagiert und sich, auch nachdem das Thema vom Tisch ist, weiter mit stadtteilrelevanten Fragen befasst. Auf der anderen Seite warben die evangelische und die katholische Kirche um Verständnis für die Angehörigen des Islam, was aber auch heftige ablehnende Reaktionen innerhalb der eigenen Gemeinden zur Folge hatte.

In **Esslingen** (Östliche Innenstadt) ist es noch offen, ob der Verein Diyanet eine Moschee an einem exponierten, wenn auch eher am Rande gelegenen Standort wird bauen können; dort befindet sich bereits die größte griechisch-orthodoxe Kirche Europas außerhalb von Griechenland, die von Gemeindegliedern aus Spenden finanziert und sukzessive weitergebaut und ausgestattet wird. Am 21. Juli 2003 beschloss der Gemeinderat in geheimer Abstimmung einen entsprechenden Bebauungsplan. Dem voraus ging ein längerer Diskussionsprozess, entscheidend war nicht zuletzt die Empfehlung des 'Runden Tisches für das Zusammenleben mit Migranten'. Mehrere Plattformen ermöglichten es jedem Bürger, sich zu informieren und seine Meinung zu äußern – z.B. bei öffentlichen Sitzungen im Rathaus und Mitgliederversammlungen der Parteien oder einer Podiumsdiskussion des Bürgerausschusses Innenstadt. Eine Rolle spielte dabei auch, dass eine veränderte Verkehrsführung gefunden werden konnte, so dass die Verkehrsbelastung nicht – wie befürchtet – noch weiter stark steigt, sondern eher reduziert werden wird. Eine Beschlussfassung hat bis heute, zuletzt wegen verschiedener Vertagungsanträge, noch nicht stattgefunden.

In **Bremen-Gröpelingen** wurde der Neubau einer repräsentativen Moschee vom Sanierungsträger im Stadtteil gegen den erklärten Willen organisierter Teile der Bevölkerung durchgesetzt. Nach der Fertigstellung des Baus mit Kuppel und Minarett ließ sich eine Veränderung in der Haltung der Bevölkerung zur Moschee erkennen, die in einer Auseinandersetzung von Teilen der nicht-muslimischen Bevölkerung mit dem Islam mündete. Insgesamt hat sich durch den Bau der Moschee Interesse an einer Auseinandersetzung auch an den anderen Moscheevereinen entwickelt, die sich noch in den typischen improvisierten Moscheeräumen aus der Zeit der ursprünglichen Einwanderung befinden.

Die Fatih-Moschee ist unterdessen selbstverständliches Exkursionsziel der Grundschulen im Gebiet, es findet ein reger – auch kontroverser – Austausch mit anderen Institutionen im

Stadtteil statt. In einer quantitativen Befragung zeigte sich eine große Akzeptanz der Moschee in der Bevölkerung.¹⁸

3.1.3. *Symbolische Dimensionen – Sichtbarkeit und Beachtung*

Räumliche Anordnungen drücken soziale Beziehungen aus, das ist der Kern ihrer symbolischen Bedeutung. Städtische Räume präsentieren, demonstrieren oder repräsentieren etwas und sei es auch nur die Machtlosigkeit ihrer Bewohner. Der symbolische Gehalt räumlicher Anordnungen wird von Geschichte, Architektur, Ästhetik und davon geprägt, welche Gruppen sich wann und wie den Raum aneignen können. Aneignung kann dabei über Nutzung, Veränderung oder auch 'Besetzung' geschehen oder die Aneignung anderer durch Präsenz der eigenen Gruppe, über Vorschriften, Platz- oder Hausrecht etc. verhindert werden.

„Zu den wichtigsten Komponenten der Symbolik der Macht – gerade auch ihrer Unsichtbarkeit wegen ... gehören zweifellos die architektonischen Räume, deren stumme Gebote sich unmittelbar an den Körper richten.“ (Bourdieu 1991, S. 28)

Die Aneignung städtischer Räume ist Ausdruck des verborgenen Kampfes um Hegemonie in der Stadt. Selbst die Namensgebung der Straßen eines Quartiers ist eine symbolische Zuweisung, wie umgekehrt die 'Adresse' des Einzelnen Auskunft über seine Position im sozialen Raum geben kann.

Die Vergabe von Straßennamen kann beispielhaft als Auseinandersetzung um Deutungsmacht in Quartieren gelten. Im Untersuchungsgebiet Bremen-Gröpelingen beispielsweise fällt bei der Vergabe von Straßennamen eine starke Präsenz von Repräsentanten des Arbeitermilieus auf. Verstärkt wird dies durch die immer wiederkehrende Thematisierung von Industriearbeit in den Kunstwerken im öffentlichen Raum im Stadtteil. Obwohl der Stadtteil seit über 20 Jahren nicht mehr industriell geprägt ist, finden sich keinerlei Symbole der neuen Stadtteilgesellschaft, die wesentlich von Migranten und Armutsmilieus mitgebildet wird. Stattdessen versichern Straßennamen und öffentliche Kunst dem Stadtteil eine 'Identität', die für die meisten Bewohner irrelevant ist. Nur in den ehemaligen Industriegebieten selbst entstand ein neuer Straßename, der sich aber auf das dort von einem internationalen Konzern errichtete 'Shopping und Erlebniscenter Space Park' bezieht. Ein neu entstandener Platz vor der *Mall* heißt nun Space-Park-Plaza und demonstriert durch die Entkontextualisierung des Ortes den Anspruch des Betreibers auf Deutungshegemonie. Repräsentieren Space Park und Arbeitermilieu zwei (allerdings sehr unterschiedliche) Deutungsmächte, die im heutigen Stadtteil die Ökonomie der Symbole (immer noch, resp. schon) wesentlich bestimmen, so kann das Beispiel des Baus einer Moschee, wie in 3.2.2 gezeigt, als Versuch gedeutet werden, die Vorherrschaft dieser symbolischen Mächte zu brechen.

In den Untersuchungsgebieten Berlin-Friedrichshain und Berlin-Pankow sind viele Straßen nach Widerstandskämpfern der NS-Zeit und nach politisch aktiven Arbeitern und politischen Philosophen benannt. Die Präsenz von Einrichtungen und Symbolen ziviler Autonomie und politischer Freiheit prägt den städtischen Raum. So sind fast alle Häuserwände mit Plakaten und Graffiti zu politischen und kulturellen Events und Stellungnahmen verziert. Eine große Zahl besetzter bzw. ehemals besetzter Häuser symbolisiert überall im öffentlichen Raum die

¹⁸ Institut für Kulturforschung und Bildung, Liffers, Osten, Schiff, 2003

Möglichkeit zu freier und autonomer Entfaltung ziviler auch äußerst individueller Interessen. Regelmäßig finden öffentliche Events und Veranstaltungen statt, die sich nicht nach politischen und administrativen Vorgaben richten, die das lokale Interesse über das städtische Interesse stellen, die sich ausschließlich zivil legitimieren, oder auch – seltener – sich gegen den Gemeinwohl dennoch durchsetzen. In Köln organisieren rund 11 % der Einrichtungen regelmäßig Demonstrationen, 25 % sind mit Plakataktionen im städtischen Raum sichtbar.

Bei Konversionsprojekten - der Nachnutzung ehemaliger Industrie- oder Militärareale - ist der Umgang mit den vorhandenen Altbauten nicht nur eine städtebauliche Frage, er hat auch eine symbolische und kulturelle Dimension. Verbreitete Lösungen, die auf Abriss und Neubausetzen, machen diesen Teil der Geschichte künftig unsichtbar. In Tübingen entschied sich die Stadt bei der Neuplanung für die freigegebenen französischen Garnisonsliegenschaften für ein städtebauliches Konzept, zu dem wesentlich das Nebeneinander von Alt und Neu gehört: Die Umnutzung der Militärbauten (Mannschaftsgebäude, Panzerhallen, zugehörige Infrastruktur) lässt den Prozess der Zivilisierung des Stadtteils konkret erfahrbar werden. Ein bürgerschaftlicher Ideenwettbewerb zu Beginn der Entwicklung ergab die mittlerweile fest eingebürgerte Bezeichnung 'französisches Viertel' für das ehemalige Hindenburg-Areal, die Beibehaltung des Namens 'französische Schule' für die Schule im Quartier und die Benennung von Straßen unter anderem mit Namen, die sich auf die französisch-deutschen Beziehungen der Stadt beziehen.

3.3.4. Vernetzung und Stadtteilöffentlichkeit

Zivilgesellschaft braucht Vernetzung und Stadtteilöffentlichkeit, wie beispielhaft im Untersuchungsgebiet Bremen-Gröpelingen gezeigt werden kann. Ein besonderes Netzwerk entstand mit den Umbrüchen während der Sanierungsphase. Damals etablierte sich die von Bewohnern aus dem Stadtteil getragene Initiative 'Kultur Vor Ort', die neben den ehrenamtlichen Initiativmitgliedern eine professionelle Arbeitsstruktur entwickelte und wesentlich ein Netzwerk kultureller und sozialer Institutionen im Stadtteil und in andere Stadtteile hinein aufbaute. Dieses Netzwerk hat urbane Bildungsprozesse revitalisiert, die mit der Schließung der Großwerft auszutrocknen begannen. Gleichzeitig sind in den Netzwerken neue Akteure eingewoben, so dass auch von einer neuen Qualität und Quantität zivilgesellschaftlicher Strukturen gesprochen werden kann.¹⁹ Da sich ein großer Teil der Aktivitäten explizit auf die soziale und kulturelle Entwicklung des Stadtteils bezieht, werden intensive urbane Bildungsprozesse hervorgebracht, die zivilgesellschaftliche Strukturen fördern.

Während Netzwerke Teilöffentlichkeiten umfassen oder einbinden, bedarf es zusätzlich unterschiedlicher Medien, die eine breite Stadtteilöffentlichkeit herstellen. In diesen Medien werden wichtige Themen des Quartiers verhandelt und können sich institutionelle Akteure wie Kultur Vor Ort artikulieren.²⁰ Zusammenfassend kann man sagen, dass Vernetzung und Stadtteilöf-

¹⁹ Auch das Difu, das in Gröpelingen das Programm Soziale Stadt begleitete, hebt die Bedeutung der Netzwerke für das Untersuchungsgebiet hervor. Hier werden insbesondere Netzwerke im Fokusgebiet Stuhmerstraße genannt, wie beispielsweise das Bewohnerforum, das als offenes Gremium für alle Bewohner die öffentlichen Mittel des Bremer Sanierungsprogramms WIN selbstständig verwaltet. Vgl. Difu, 2003.

²⁰ Dazu gehören drei (!) lokale kommerzielle Wochenblätter, ein nichtkommerzielles kritisches Stadtteilmagazin, ein nichtkommerzielles Fernsehmagazin des traditionellen Sportvereins im offenen Kanal, die Gemeindebriefe der Kirchen (die sich traditionell auch stadtteilpolitischen Themen widmen) und eine Fülle von Einzelpublikationen, Flugblättern und Plakaten.

fentlichkeit wesentliche Grundlagen urbaner Bildungsprozesse sind und so zivilgesellschaftliche Strukturen hervorbringen. Dies gelingt besser

- in sozial stark gemischten Stadtteilen
- in denen vielfältige, nutzungs offene öffentliche Räume beiläufige und intendierte Bildungsprozesse erlauben;
- in Stadtteilen, in denen sich Freizeit-, Wohn- und Arbeitsnutzungen möglichst intensiv überlappen und deshalb Bildungsprozesse durch den damit verbundenen Perspektivwechsel ermöglichen;
- in kleinräumigen Strukturen, die Nachbarschaften *und* Anonymität zulassen;
- in Stadtteilen, die besonderen Umbruchssituationen unterliegen²¹
- die über eine hohe Dichte von Institutionen oder Initiativen verfügen
- und in denen es noch wirksame Traditionen von emanzipativen Bewegungen gibt – seien es Traditionen der Arbeiterbewegung oder solche des einst revoltierenden Studentenmilieus.

Die Subsistenzeinrichtungen – die Infrastruktur der urbanen Subsistenz – kanalisieren und dynamisieren vielfältige Austauschprozesse zwischen unterschiedlichsten bürgerschaftlichen Einrichtungen und ihren Kooperationspartnern, sie bilden den soziokulturellen Leim der Stadt. Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz ist grundsätzlich durch virtuelle Gemeinschaften in Form von Netzwerken und kooperativen Zusammenschlüssen geprägt. Bürgerschaftliche Einrichtungen, anbietende Gruppen und Menschen sowie Orte des Angebotes werden mit nachfragenden Gruppen und Menschen und ihren Lebensorten vernetzt. In den Untersuchungsgebieten zur urbanen Subsistenz in Stuttgart, Köln und Berlin lassen sich institutionelle und personale Netzwerke als wesentliche Grundlagen der Infrastrukturen der urbanen Subsistenz identifizieren. In Ergänzung zu den Interviews wurden in den bürgerschaftlichen Einrichtungen ‘Mental Maps’ angefertigt. In diesen werden die lokalen Kooperationen und Vernetzungen visualisiert. Sie veranschaulichen die infrastrukturellen Leistungen bürgerschaftlicher Einrichtungen sowie deren Vernetzungen in den Quartieren. Zudem stellen sie die Einzugsgebiete und Wirkungsebenen der Einrichtungen im öffentlichen Raum dar.

Knapp 50 % der Einrichtungen in den Berliner Untersuchungen verfügen über zwischen rund 10 bis 20 Kooperationen im Quartier, rund 25 % verfügen über fünf bis 10 Partner und weitere 25 % haben zwei bis drei kooperierende Einrichtungen. Für 25 % der Kölner Einrichtungen ist die Bildung und die Pflege von Kooperationen eine zentrale Aufgabe. Über solche Kooperationen werden gemeinsame Aktivitäten initiiert, Arbeitsmaterialien ausgetauscht und Räume und Flächen geteilt. Darüber hinaus werden personelle Synergien im Bereich Kompetenz, Beratung, Arbeit je nach Bedarfslagen erreicht. In Köln befassen sich rund 27 % der über 1000 Einrichtungen mit dem Auf- und Ausbau von Netzwerken, knapp 9 % richten sich dabei auf die Nachbarschaft, 11 % auf die kommunale und 7 % auf die überregionale Ebene.

²¹ Hier kann als Beispiel der Bremer Stadtteil Tenever gelten, der als Großprojekt in den 70er Jahren entstand. Tenever verfügt über alle Merkmale einer Monostruktur mit gewaltigen sozialen Problemlagen. Große Teile des Hochhausgebietes sollen als Konsequenz daraus „rückgebaut“ werden, der Stadtteil befindet sich in einer starken Veränderungsdynamik, was im Stadtteil selbst zu intensiven urbanen Bildungsprozessen führt.

Von hoher Relevanz sind auch Kooperationen und Vernetzungen mit staatlich-öffentlichen Institutionen, die jedoch zumeist nicht an die spezifischen Anforderungen und Eigenschaften ziviler Einrichtungen angepasst sind. Kooperationen mit marktlichen Unternehmen fehlen bisher weitgehend, hier liegen noch hohe Entwicklungs- und Synergiepotenziale brach.

Neben den konkreten Kooperationen sind Einzugsgebiete und Präsenz in der Stadtteilöffentlichkeit für die Arbeit der Einrichtungen und die Wahrnehmung der Angebote aus urbaner Subsistenz maßgeblich. Über 84 % der Kölner Einrichtungen stellen baulich-räumliche Angebote im öffentlichen Raum, in Form öffentlich zugänglicher Räumlichkeiten (50 %), offener Treffs und Bürgercafés (22,6 %) und Kindertagesstätten (12 %) zur Verfügung. Rund 56 % sind direkt mit Demonstrationen, Ausstellungen und Plakataktionen im öffentlichen Raum präsent. Besonders für die Möglichkeit öffentlicher Präsenz sind nutzungs offene Strukturen und öffentliche Begegnungsräume von großer Bedeutung.

3.2. Fünf Ergebnisse zum Zusammenhang von Stadtraum und Zivilgesellschaft

3.2.1. Bürgerschaftliche Einrichtungen sind in funktionsgemischten Gebieten in großer Zahl und Vielfalt vorhanden, in Monostrukturen gedeihen sie nicht.

In Wohnsiedlungen sind bürgerschaftliche Einrichtungen kaum vorhanden; wenn überhaupt, sind sie überwiegend auf den häuslichen Bedarf und die Nachbarschaftshilfe ausgerichtet.

Bürgerschaftliche Einrichtungen siedeln sich vor allem in funktionsgemischten Gebieten an. Hier finden sich auch überwiegend die Einrichtungen mit stadtteilübergreifendem Einzugsbereich. Auf diese Weise erhöhen die bürgerschaftlichen Einrichtungen zudem die funktionelle Vielfalt der Stadt.

Bürgerschaftliche Einrichtungen von Migranten finden sich fast ausschließlich in den gemischten Gebieten. Nutzungen, die gemeinhin als unliebsam gelten oder auch auf Anonymität angewiesen sind (z.B. Aids-Hilfe, Drogenkontaktladen, Wohnprojekte für Straffällige, Asylbewerber), finden Standorte fast ausschließlich in gemischten Gebieten. Teilweise werden solche Nutzungen (z.B. Moscheen) auch abseits in Gewerbegebieten angesiedelt, ohne in einen stadträumlichen Zusammenhang eingebunden zu sein.

Belege:

- Bei der Kartierung der fünf Untersuchungsgebiete des Teilprojekts "Integration und Nutzungsvielfalt" ergaben sich deutliche Unterschiede zwischen den gemischten Quartieren und den "Nur-Wohnsiedlungen". In Stuttgart-Süd fielen 33, in Esslingen (östliche Innenstadt) 15, in Tübingen (Südstadt) 6, in Stuttgart-Fasanenhof 4, in Kassel-Helleböhn 2 Nutzungen unter die Kategorie "bürgerschaftliche Einrichtungen". Während der Kartierung zeigte sich, dass in den gemischten Gebieten – vor allem in der Tübinger Südstadt – auch zahlreiche Nutzungen anderer Art²² (z.B. Tanzsporthalle, Vorstadttheater) bürgerschaftlich getragen werden. Unter den Nutzungen mit Migrantenbezug (in Stuttgart-Süd 60, in der östlichen Innenstadt von Esslingen 35, in der Tübinger Südstadt 19, in Stutt-

²² nicht nur – wie in der vereinbarten Systematik vorgesehen – "Nachbarschaftshäuser, Bürgerhäuser, Jugendfreizeithäuser, Mütterzentren, Vereinsheime".

gart-Fasanenhof 3, in Kassel-Helleböhn 5) befinden sich in den gemischten Gebieten neben Läden und Dienstleistern auch ganz verschiedene bürgerschaftliche Nutzungen.

- Wie aus stadtweiten Kartierungen für Köln und Stuttgart über die Verteilung bürgerschaftlicher Einrichtungen hervor geht, finden sich diese weit überwiegend in Mischgebieten, dies lässt sich aufgrund räumlicher Verteilung wie auch der Analyse von Stadtteilen und Postleitzahlen erschließen; aus Quartierskartierungen in Berlin und Stuttgart kann dies kleinräumlich auch für die Lage entlang bestimmter Straßenabschnitte und Häuserblocks bestätigt werden.
- Auch im Bremer Westen konzentrieren sich zivilgesellschaftliche Einrichtungen im stärker nutzungsgemischtem Lindenhofquartier und entlang einiger Straßenzüge, die traditionell solche Einrichtungen beherbergten (Schwarzer Weg, Heerstraße). In den monostrukturellen Wohnquartieren der Nachkriegszeit finden sich nur vereinzelt derartige Einrichtungen. Ausnahme ist ein sogenannter "sozialer Brennpunkt" an der Stadtteilperipherie, in dem Bewohnerinnen und Interventionen der Sozialbehörde intensive zivilgesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt haben.

3.2.2. Stadträumliche Faktoren begünstigen die Existenz von Orten zivilgesellschaftlichen Handelns

Insbesondere sind das

- kleinräumliche funktionale Mischung : Nutzungsvielfalt ermöglicht Synergien zu anderen – auch wirtschaftlichen – Nutzungen: gegenseitiges Profitieren von der Kundschaft, Wegekombinationen, Austauschbeziehungen, Toleranz gegenüber Störungen (Akzeptanz auch "unliebsamer" Nutzungen), insgesamt wird die Ausbildung institutioneller und personaler Netzwerke begünstigt;
- breiter Zugang zu Räumen, die unterschiedlichen Ansprüchen genügen (Verfügbarkeit von Räumen unterschiedlichen Standards, bauliche Mischung auch im Hinblick auf das Alter der Gebäude, erschwingliche Mieten, keine 1a-Lagen);
- relativ dichte Nutzung (so dass der Ort für eine große Anzahl an Menschen erreichbar ist);
- kleinmaßstäbliche Parzellierung (als Voraussetzung für eine Vielfalt und Vielzahl an Nutzungen);
- relativ dichtes Straßennetz (Lage an viel genutzten Wegen als Standortvorteil, Beitrag zu einer gewissen für viele Einrichtungen erwünschten Anonymität, s.o.);
- Orientierung der Gebäude auf allgemein zugängliche Freiräume (ermöglicht Zugänglichkeit und Einsehbarkeit der Angebote);
- definierte Straßen- und Platzräume (besonders: nutzungsoffene Quartiersplätze mit alltäglicher Aufenthaltsqualität und der Möglichkeit, Quartiersereignisse darauf zu inszenieren).

Belege:

- Die Bedeutung dieser stadträumlichen Faktoren wird durch Kartierungen und Fotodokumentation des Teilprojekts "Integration und Nutzungsvielfalt" belegt und im Bericht dieses Teilprojekts im Detail dargestellt.

- Aus 25 qualitativen Interviews in Berlin, 10 in Köln und 12 in Stuttgart sowie einer quantitativen Befragung von über 300 Einrichtungen in Köln geht eindeutig hervor, dass für die Ausbildung von Kooperationen und Synergien zwischen verschiedenen bürgerschaftlichen Einrichtungen räumliche Nähe und die Möglichkeiten zur (gemeinsamen) Nutzung unterschiedlicher, auch öffentlicher Freiflächen Voraussetzungen sind. Laufnähe und gute Erreichbarkeit ist für fast alle Einrichtungen Bedingung für die Erreichbarkeit ihrer Zielgruppen.
- Zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben des Stadtteils ergab die Stadtteilbefragung des Teilprojekts "Integration und Nutzungsvielfalt" bei insgesamt 500 Nutzerinnen der fünf Stadtteile unterschiedlicher stadträumlicher Strukturen: Am höchsten ist der Anteil derjenigen, die soziale, kulturelle, kirchliche und Bildungsangebote regelmäßig oder gelegentlich nutzen und/oder Mitglied in einem Verein sind, im neuen Mischgebiet in der Tübinger Südstadt (67 Prozent), wo neben dem bereits länger ansässigen Landestheater im Zuge des Stadtumbaus nicht nur die gesamtstädtische Volkshochschule angesiedelt wurde, sondern eine Vielzahl sozialer, kultureller, bildungsbezogener Angebote und Initiativen entstanden sind. In der traditional gemischten östlichen Innenstadt von Esslingen nutzen 46 Prozent, auch in den beiden Wohngebieten über 40 Prozent der Befragten soziale oder kulturelle Angebote, dies konzentriert sich in den Wohngebieten aber deutlich mehr als in den gemischten Stadtteilen auf Kirchengemeinden - die die Menschen mit Migrationshintergrund kaum erreichen - , in Kassel-Helleböhn auch auf das Bürgerhaus. Trotz des großen Angebots an kulturellen und sozialen Einrichtungen in Stuttgart Süd geben dort nur relativ wenige Befragte an, diese zu nutzen (33 Prozent); offenbar ist dort das großstädtische soziale und kulturelle Leben eher stadtteilübergreifend organisiert.
- Eine umfassende schriftliche Befragung in türkischer und deutscher Sprache ergab in Gröpelingen eine hohe Nutzung zivilgesellschaftlicher Einrichtungen. 82% der Bewohner nutzen die Bibliothek im Lindenhofquartier, ca. 50% der Befragten nutzen auch andere kulturelle und soziokulturelle Einrichtungen. Insgesamt ergab sich ein hoher Bedarf an zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und eine starke Orientierung zum Stadtteil. Die City spielt für die Befragten nur eine sehr untergeordnete Rolle.

3.2.3. Orte zivilgesellschaftlichen Handelns brauchen nutzungsoffene, nicht funktional eindeutig festgelegte Räume und Gebäude

Wichtige Orte der Zivilgesellschaft zeichnen sich insbesondere durch folgende bauliche Merkmale aus:

- nutzungsoffene Orte, die Raum für unterschiedliche Lebensstile und Bedürfnisse bieten;
- Nachnutzung von Läden, Gewerbegebäuden, Wohnungen; oft etwas abgewirtschaftete Altbauten; Möglichkeit zur Gestaltung nach eigenen Bedürfnissen, besondere Möglichkeiten in ehemaligen Industrie- und Militärbrachen oder öffentlichen Gebäuden der Gründerzeit im Stadtteil (Feuerwachen, Wasserwerke, Pumpwerke etc.);
- Bezug zur Geschichte des Quartiers (Denkmäler, Vereine, Veranstaltungen), daraus können sich Orte der Auseinandersetzung mit der aktuellen Entwicklung des Quartiers bilden;

- Zulassung besonderer architektonischer Formen zur Strukturierung des städtischen Raumes oder zur Etablierung symbolischer Orte (Moschee, Denkmal, Bibliothek, Kulturzentrum).

Belege:

- Insbesondere eine politische und administrative geringe Regelungsdichte für Nutzungsoptionen wird allgemein als förderlich für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und die Entfaltung bürgerschaftlichem Engagements bewertet. Nutzungsoffene, gestaltbare Räume und Flächen werden in den qualitativen und quantitativen Erhebungen in Köln, Stuttgart und Berlin durchgängig als wesentliche Motoren und Voraussetzungen für die Ausbildung subsistenzwirtschaftlicher Einrichtungen hervor gehoben.
- Im Rahmen der Sanierung entstanden im Untersuchungsgebiet Gröpelingen neue städtische Plätze. Insbesondere dann, wenn sie nutzungs offen konzipiert waren und gleichzeitig in einem sinnvollen urbanen Kontext standen, etablierten sich vielfältige geplante und ungeplante Nutzungen. Herausragendes Beispiel ist der 1998 gebaute Bibliotheksplatz, der mit Café, Bibliothek, öffentlichem Brunnen und zahlreichen Anrainern aus Dienstleistung und Gastronomie zu einem Quartiersplatz geworden ist, der unterdessen bürgerschaftlich motivierte Aktivitäten „provoziert“.
- Aus den Arbeiten des Teilprojekts "Integration und Nutzungsvielfalt" ergeben sich unterschiedliche "Patterns" für zivilgesellschaftliche Orte, z.B. gemeinsam (von mehreren Unternehmen und Initiativen) genutzte ehemalige Gewerbegebäude, Läden - auch umgenutzt - , die durch die Schaufenster auch Einblick in die Arbeit geben, Werkstätten – alte wie neue, bis hin zum zivilgesellschaftlichen 'Werkstadthaus' – , Schuppen und andere Hinterhof-Nutzungen, Orte für Alt und Jung (zum Beispiel Altenwohnungen mit viel genutztem öffentlichen Mittagstisch in der östlichen Innenstadt von Esslingen), religiöse Einrichtungen (von Moscheen in ehemaligen Lagerhallen bis zum Neubau), Stadtteilschulen als wichtige zivilgesellschaftliche Orte des Stadtlebens, für Veranstaltungen nutzbare Plätze, die alte Vorstadtstraße und vieles mehr. Diese "Patterns" werden im Bericht des Teilprojekts ausführlicher und in ihrem konkreten Kontext vorgestellt.

3.2.4. Stadträumliche Faktoren erleichtern zivilgesellschaftliches Handeln

insbesondere durch:

- Einbindung des öffentlichen Raums in die konkrete Alltagsorganisation;
- Etablierung öffentlicher Plätze als Quartiersplätze mit regelmäßigen besonderen Nutzungen;
- Vielfalt der angrenzenden Nutzungen;
- Anwesenheit von Menschen, die sich für ihr Quartier verantwortlich fühlen;
- Anlässe/Gelegenheiten zum Aufenthalt;
- Nebeneinander unterschiedlicher Institutionen (öffentliche, bürgerschaftliche, marktliche), die untereinander kooperativ und kommunikativ vernetzt sind und sowohl durch ihre inhaltlichen Leistungen als auch durch ihre interaktiven Beziehungen zur Infrastruktur der Stadt beitragen;

- sichtbare und offensive (selbstbewusste) Anwesenheit „besonderer Einrichtungen“ wie Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, betreutes Wohnen, besetzte Häuser etc.;
- Verhinderung der Entstehung/Vertiefung sozialer und ethnischer Segregation innerhalb des Stadtteils;
- Ermöglichung konfliktträchtiger Räume („Szene“-Treff im Grünstreifen, Bau einer Moschee, etc.).

Belege:

- Aus den gesamten Erhebungen zur urbanen Subsistenz geht übereinstimmend hervor, dass ein komplementäres Miteinander der verschiedenen öffentlichen, ökonomischen und bürgerschaftlichen Institutionen die zentrale Voraussetzung für ein gedeihliches und zukunftsfähiges Miteinander im Lebensalltag darstellt. Nach den Interviews in Berliner bürgerschaftlichen Einrichtungen sowie Gesprächen im Rahmen politisch-administrativer Institutionen in Berlin und mit Bürgern trägt die Sichtbarkeit und Präsenz unterschiedlicher ziviler Einrichtungen und Aktivitäten zur Schärfung zivilen Bewusstseins und zur Bereitschaft zu kooperativem und freiwilligen Handeln bei.
- Urbane Bildungsprozesse – das ergibt die Gesamtheit aller Ergebnisse des Teilprojektes „Bildung und Stadt“ - sind ohne zivilgesellschaftliche Institutionen und Initiativen nicht denkbar. Die Dichte solcher Einrichtungen, die Unterschiedlichkeit ihrer Aktivitäten, die Präsenz in Büros oder bestimmten öffentlichen oder symbolischen Gebäuden, die Fähigkeit, unterschiedliche soziale Gruppen zu repräsentieren, bringen einen Fluss öffentlicher Kommunikation in Bewegung, der wesentlich zur Entwicklung von Stadtgesellschaft beiträgt.
- Aus den empirischen Arbeiten im Teilprojekt "Integration und Nutzungsvielfalt" ergeben sich zahlreiche Hinweise auf die Bedingungen, unter denen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zusammenkommen und Konflikte ausgehalten werden. Sind nach Aussagen der Quartiersexperten "Kontaktorte" in den Wohngebieten vor allem Orte für bestimmte Nutzergruppen (wie Kindergärten, Schulen, Vereinsheime, Gemeindehäuser), Spielplätze und Grünanlagen sowie Orte, in denen Begegnung der Hauptzweck ist, so spielt in den gemischten Gebieten die Vielzahl an Läden, Dienstleistern wie Post und Bank, Cafés und Gaststätten, Werkstätten, zentralörtlichen Einrichtungen (z.B. AOK, Arbeitsamt), Einrichtungen wie Friedhof, Klinik, Hallenbad, der städtische öffentliche Raum die wichtigste Rolle. Kontakt ist dabei oft ein Nebenprodukt anderer Aktivitäten und bei häufiger aber regelmäßiger Begegnungen.
In allen Gebieten gibt es Orte, an denen es zu Konflikten kommt: Anwesenheit bestimmter Gruppen, auffallende Verhaltensweisen, Lärm und andere Störungen. "Konfliktorte" liegen überwiegend in monofunktionalen Bereichen, in Sackgassen und städtebaulich isolierter Lage. Auch an manchen "Kontaktorten" gibt es Konflikte, diese werden in funktional gemischten Bereichen - an einem lebendigen Platz oder einer Wegeverbindung, wo viele im Zuge ihrer alltäglichen Erledigungen vorbeikommen und es auch Menschen gibt, die sich verantwortlich fühlen²³ - jedoch eher ausgehalten und zivilgesellschaftlich bewäl-

²³Diese Zusammenhänge hat schon Jane Jacobs (1963) – unter anderem unter dem Begriff "Augen auf die Straße" – eindrücklich dargestellt.

tigt, auch aufgrund der informellen sozialen Kontrolle im öffentlichen Raum. In homogenen Strukturen wirken abweichende Nutzungen als störende Fremdkörper bzw. können gar nicht erst entstehen. "Problemnutzungen" (wie Wiedereingliederungsprojekte für Wohnungslose, ehemals Straffällige) werden in gemischter Umgebung – in "normalen" Häusern, in kleinerer Anzahl, begünstigt durch eine gewisse Anonymität und Gewöhnung der Umgebung an Störungen, auch städtebaulich integriert – trotz größerer Nähe eher akzeptiert. Deswegen werden Standorte für solche Nutzungen auch ganz überwiegend in gemischten Gebieten gesucht.

3.2.5. Nutzungsmischung schafft Synergien zwischen Staat, Markt und Bürgergesellschaft

Die stadträumliche Einbindung von Nutzungen des privatwirtschaftlichen oder staatlichen Sektors in einen Nutzungsgemischten Kontext schafft andere Möglichkeiten für Austauschbeziehungen, zivilgesellschaftliches Handeln und Synergien als ein sozial und funktional homogener Kontext.

Belege:

- Aus den empirischen Arbeiten des Teilprojekts "Integration und Nutzungsvielfalt" ergeben sich viele Hinweise auf Synergien zwischen zivilgesellschaftlichem, staatlich-öffentlichen und marktökonomischem Sektor. So nannten im Rahmen der Stadtteilbefragung "Investoren" von Wirtschaftsbetrieben, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen u.a. in den gemischten Gebieten ähnliche Gründe für die Standortwahl und Vorteile des Standorts - die Lage im Stadtgebiet (nicht zu weit vom Stadtzentrum entfernt, gute Verkehrsanbindung), auch fußläufige Erreichbarkeit, günstige Mieten, die Größe und Zusammensetzung des Publikums als potenzieller Kundschaft (z.B. "das internationale Umfeld"), die Bedeutung auch anderer Geschäfte und Einrichtungen, die für (Lauf-)Kundschaft sorgen oder selber Kunden sind; in Tübingen spielen außerdem die Konzeption des Entwicklungsbereichs und sein Milieu eine Rolle. Geschäfte und Dienstleister – z.B. türkisches Grillhaus, griechischer Lebensmittelladen, Copyshop – sind wichtige "Informations-" und "Kontaktorte", Geschäftsinhaber fördern Vereine und Stadtteilinitiativen durch Spenden und Anzeigenwerbung, gemeinsam werden Straßenfeste veranstaltet. Eine große Rolle spielen in den gemischten Untersuchungsgebieten die Stadtteilschulen, die eng in das Stadtteilleben eingebunden sind und eine hohe Qualität entwickelt haben.
- Die Notwendigkeit der Ausbildung von Komplementaritäten zwischen den Sektoren wird in den Kölner, Stuttgarter und Berliner Erhebungen immer wieder mit hoher Vehemenz hervorgehoben. Dass hierfür im Nutzungsgemischten Stadtraum eigentlich die optimalen Voraussetzungen gegeben sind, wird wiederholt betont. Dennoch werden diese Komplementaritäten vor allem seitens staatlicher und marktlicher Institutionen bisher wenig gesucht, obwohl Synergien zu einer deutlichen Aufwertung der Lebensqualität im Stadtumfeld und zur Erhöhung der Standortqualität führen würden. Die Bedeutung komplementärer Ergänzungen und Anreicherungen der Sektoren wird bisher wenig erkannt.²⁴

²⁴ Vergleiche hierzu Dahm, 2003.

3.3. Zusammenfassung

Diese hier nur in Auszügen wiedergegebenen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die städtebauliche Struktur – insbesondere Nutzungsmischung und -vielfalt, soziale Mischung, bauliche Vielfalt und Dichte – hat deutliche Auswirkungen auf die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit städtischer Zivilgesellschaft.
2. Für die Anpassungsfähigkeit von Städten sind die kulturellen, ökonomischen, politischen und sozialen Beiträge, die aus zivilgesellschaftlichem Handeln erwachsen, unverzichtbar.
3. Daraus ergeben sich Anforderungen an Inhalte und Verfahrensweisen der Stadtplanung – in der Planungspraxis ist die Entwicklung und Erhaltung von Räumen und Infrastrukturen für zivilgesellschaftliches Handeln bisher allerdings noch zu wenig zum Thema geworden.
4. Daraus ergeben sich aber auch Anforderungen an die Debatte um die Zivilgesellschaft, die bisher weitgehend ohne Bezug zu den stadträumlichen Verhältnissen geführt wird.
5. Orte und Räume zivilgesellschaftlichen Handelns wie z.B. bürgerschaftliche Einrichtungen können geradezu als Indikatoren für die Anpassungsfähigkeit von Stadtstrukturen angesehen werden: Da die Standortwahl für diese Nutzungen i.d.R. nicht öffentlich gesteuert wird und sie sich ihre Orte selbst suchen, verweist das Vorhandensein solcher Einrichtungen auf anpassungsfähige Strukturen. Gleichzeitig verweisen sie auf Defizite, die Markt und Staat nicht abdecken.

4. Zivilgesellschaftliche Leistungen von Stadtquartieren

Aus den empirischen Ergebnissen der Teilprojekte ergibt sich, dass unterschiedliche Siedlungsformen ganz unterschiedliche Leistungen in bezug auf die Entstehung und Entfaltung von Zivilgesellschaft erbringen können. In dem folgenden Abschnitt sind die aus der Forschungstätigkeit entwickelten Leistungsanforderungen für anpassungsfähige Stadtteile im Hinblick auf Zivilgesellschaft zusammengetragen. Auf diese Weise ergibt sich ein Leistungsprofil für Quartiere, mit dessen Hilfe zivilgesellschaftliche Prozesse gefördert oder erleichtert werden können.

- Vielzahl und Vielfalt der Nutzungen im Stadtteil
 - werden ganz unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnissen gerecht;
 - bieten vielfältige Anregungen und Möglichkeiten für sinnvolle individuelle und gemeinsame Tätigkeiten und dadurch notwendige Bildungserfahrungen;
 - erfüllen den Bedarf an Leistungen öffentlichen/gemeinnützigen Charakters;
 - ermöglichen zivilgesellschaftliches Handeln.
- Das Quartier bietet Gelegenheit zur Selbsthilfe, Selbstversorgung, Selbstintegration und zur "Bildung der Stadt".

- Das Quartier bietet einen spannend-integrativen öffentlichen Raum mit vielfältigen Gelegenheiten zur Mitwirkung durch Einsicht, Teilhabe, Konfliktbewältigung, Ausdruck, Gestaltung.
- Das Quartier bietet Möglichkeiten, Konflikte zivilgesellschaftlich auszutragen und zu regulieren.
- Die Nutzungen sind lokal verankert und eng mit dem Quartiersalltag verbunden, sie nützen den Bewohnern und profitieren von den Potenzialen des Stadtteils.
- Die Orte / Räume zivilgesellschaftlichen Handelns sind für ganz unterschiedliche Menschen – nicht nur Zugehörige – zugänglich.
- Der Stadtteil ist nicht nur auf sich selbst bezogen, sondern gesamtstädtisch verankert. Es gibt auch Nutzungen gesamtstädtischer Bedeutung, die von Nicht-Bewohnern aufgesucht werden.
- Der Stadtteil bietet lebensweltliche Qualitäten (wie Lebendigkeit, Vielfalt der Milieus und der Optionen), von denen sowohl die Minderheiten als auch die Mehrheit (Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Singles, Ältere) profitieren, so dass Vielfalt nicht als Überforderung erfahren wird.

5. Ausblick

Zivilgesellschaft verträgt sich nicht mit einer Planungspraxis, bei der die Bürgerinnen und Bürger außen vor bleiben oder bestenfalls „Bedenken und Anregungen“ äußern können. Sie geht auch nicht auf in aktuelleren wohlmeinenden Ansätzen, bei denen die Betroffenen Wunschkataloge erstellen und zur Erhöhung von Identifikation und Akzeptanz „beteiligt“ oder „aktiviert“ werden sollen. Zivilgesellschaft erfordert eine Planungspraxis, in der die Bürgerinnen und Bürger nicht Adressaten oder Zielgruppen, sondern Subjekte sind, letztlich diejenigen, die ihren Stadtteil und ihre Stadt – oft abseits der offiziellen Planung - nutzen oder umnutzen, bauen oder umbauen²⁵.

Wo städtische Interventionen aus der Zivilgesellschaft erwachsen, wo urbane Räume für bürgerschaftliche, nachbarschaftliche Zwecke, zur individuellen und gemeinschaftlichen Selbstversorgung genutzt und umfunktioniert werden, wird die marktvermittelte Produktion um die selbstversorgerische urbane Subsistenzproduktion ergänzt und erweitert. So werden überregionale Abhängigkeiten abgebaut und gleichermaßen lokale Standortqualitäten aufgebaut, gestärkt und neu in Wert gesetzt.

Die Zukunft der Stadt hängt wesentlich von der Vitalität der Zivilgesellschaft ab. Diese braucht Räume und Infrastrukturen, ist ebenso angewiesen auf Konfliktfähigkeit wie auf Solidarität, Gemeinschaftsbewusstsein und die Fähigkeit zum kooperativen Handeln. Innovation und Kreativität wachsen über wechselseitige Anregungen, über Möglichkeiten, sich eigenstän-

²⁵ Vgl. hierzu ausführlicher die Ausführungen zur Planungspraxis in Kapitel ??? des vorliegenden EVALO-Endberichtes.

dig und eigenwertig in soziokulturelle und -ökonomische Zusammenhänge einzubringen. Hierfür braucht es Kommunikation, kooperative Netze, partizipative Strukturen und geeignete stadträumliche Voraussetzungen. So werden Städte lebendig, so wächst urbane Lebensqualität.

Verantwortlich: A.G. Zivilgesellschaft im Forschungsverbund EVALO, 31. März 2004:
Dorothee Baumann, Johannes Beck, Daniel Dahm, Anne Kehl, Lutz Liffers, Gerhard Scherhorn, Gabriele Steffen

Zitierte Literatur

- Bourdieu, Pierre; Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M. 1994
- Bourdieu, Pierre et al., Das Elend der Welt, Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997
- Bukow, Wolf Dietrich; Nikodem, Claudia; Schulze, Erika; Yildiz, Erol (Hrsg.), (2001): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft, Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration. Opladen 2001.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2003): Programmbegleitung vor Ort – Bremen Gröpelingen. Endbericht. Berlin.
- Elias, Norbert (1976): Über den Prozeß der Zivilisation. Frankfurt a.M.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2002): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt a.M.
- Feldtkeller, Andreas (1994): Die zweckentfremdete Stadt – Wider die Zerstörung des öffentlichen Raums. Frankfurt, New York.
- Gramsci, Antonio; Kebir, Sabine (1983): Marxismus und Kultur. Hamburg.
- Gramsci, Antonio; Kebir, Sabine (1991): Zivilgesellschaft. Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt 1992.
- Hirsch, J. (1992): Regulation, Staat und Hegemonie. In: Demirovic, Krebs, Sablowski (Hrsg.) (1992): Hegemonie und Staat, Münster.
- Institut für Kulturforschung und Bildung: Liffers, Lutz; Ulrike Osten, Maximilian Schiff, (2003): „Innenansichten“, Wie Gröpelinger ihren Stadtteil sehen. Bremen Juli 2003. Unveröffentlichter Abschlussbericht für die Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Jacobs, Jane (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Berlin.
- Kocka, Jürgen (2001): Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung. In: Jürgen Kocka u.a. (Hrsg) (2001): Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. Berlin.

- Rödel, Ulrich (2001): Zivilgesellschaft als öffentlicher Handlungszusammenhang. In: Bukow, Wolf-Dietrich u.a. (Hrsg.) (2001): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Opladen. S. 175-181.
- Schmals, Klaus M, Heinelt, Hubert; (Hrsg.) (1997): Zivile Gesellschaft, Entwicklung, Defizite, Potentiale, Opladen.
- Schmals, Klaus M. (1997): Zivile Urbanität – Von der großen Erzählung zum Netzwerk kleiner Erzählungen.,In: Schmals, Klaus M, Heinelt, Hubert; (Hrsg.) (1997): Zivile Gesellschaft, Entwicklung, Defizite, Potentiale, Opladen.
- Schuller et al. 2001 (BuS)
- Soldt, Rüdiger (2003): Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Was die Krise für die Zukunft der Städte bedeuten könnte. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 7/8 2003, S. 64. Frankfurt.

Weiterführende Literatur

- Alemann, Ulrich von (Hrsg.) (1999): Bürgergesellschaft und Gemeinwohl: Analyse, Inhalte, Praxis. Opladen.
- Ammon, Günther (Hrsg.) (2001): Zivilgesellschaft und Staat in Europa: ein Spannungsfeld im Wandel; Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Ukraine, Weissrussland. Baden-Baden.
- Ammon, Günther; Hartmeier, Michael (Hrsg.) (2001): Zivilgesellschaft und Staat in Europa. Baden-Baden.
- Barbier, Hans; Zöller, Michael (2000): Vom Betreuungsstaat zur Bürgergesellschaft - kann die Gesellschaft sich selbst regeln und erneuern? VII. Kongress Junge Kulturwissenschaft und Praxis, Köln, 14.-16. Juni 2000. Köln, Bachem.
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zur Theorie einer reflexiven Modernisierung. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1998): Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik. Wien.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) [Hrsg.] (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Gesamtbericht. (Freiwilligensurvey 1999). Berlin.
- Burkat-Dottolo, Günther (1999): Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft? – Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft!, in: Kohl, Andreas, Ofner, Günther (Hrsg.) (1999): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999. 387 - 410. Wien.
- Bukow, Wolf-Dietrich (Hrsg.) (1999): Die Zivilgesellschaft in der Zerreißprobe: Wie reagieren Gesellschaft und Wissenschaft auf die postmoderne Herausforderung? Opladen.
- Dahm, Daniel; Fretschner, Rainer; Hilbert, Josef; Scherhorn, Gerhard (2002): Gemeinschaftsarbeit im Wohlfahrtsmix der Zukunft: unverzichtbar. In: Bosch, Gerhard; et al ... [Hrsg.] (2002): Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft.
- Dahm, Daniel (2003): Zukunftsfähige Lebensstile – Städtische Subsistenz für mehr Lebensqualität. Dissertationsschrift. Universität zu Köln.
- Dürr, Hans-Peter (2000): Für eine zivile Gesellschaft: Beiträge zu unserer Zukunftsfähigkeit. München.
- Elsen, Susanne (Hrsg.) (2000): Sozialen Wandel gestalten - Lernen für die Zivilgesellschaft. Neuwied.
- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages (2002): (Abschluss)Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.

- Emtmann, Anette (1998): Die Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie: Die samtene Revolution im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der "società civile". Berlin.
- Finckh, Ulrich (Hrsg.) (1994): Gustav-Heinemann-Initiative: Wege zu einer zivilen Gesellschaft. Stuttgart.
- Frankenberg, Günter (1997): Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft. Frankfurt.
- Gramsci, Antonio (1975): Quaderni del carcere. Edizione critica dell'Instituto Gramsci, in 4 volumi. Torino.
- Habermas, Jürgen (2001): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt.
- Hall, Peter; Pfeiffer, Ulrich [Hrsg.] (2000): Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte. Stuttgart.
- Haus, Michael (2002): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Opladen.
- Heinrich, Hans Georg (1997): Die Zivilgesellschaft – Theorie und Wirklichkeit, in: Informationen zur politischen Bildung 13/1997, Institutionen im Wandel, hg. Forum Politische Bildung. 69-79. Wien.
- Hirschfeld, U.; Rügemer, W. (Hrsg.) (1990): Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, These und Informationen zu Antonio Gramsci. 11 - 22. Berlin.
- Kristof, Kora; Scherhorn, Gerhard (2003): Informelle Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft. In: Bosch, G.; et al ... [Hrsg.] (2002): Zukunft der Dienstleistungen. Gelsenkirchen.
- Metscher, Thomas (1993): Zivilgesellschaft und Kultur. In: Borek, J.; Krondorfer, Birge; Mende, Julius (Hrsg.) (1993): Kulturen des Widerstands. Texte zu Antonio Gramsci. Wien.
- Meyer, Thomas (Hrsg.) (2002): Die Bürgergesellschaft: Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn.
- Steffen, Gabriele (1995): Zivilgesellschaft: Engagement für die Stadt. In: ALTplus 4-95, S. 20-23
- Steffen, Gabriele (1999): Bürger-Lernen. Die Stadt als Fundament der Lerngesellschaft. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Weiterbildungsinstitutionen, Medien, Lernumwelten. Rahmenbedingungen und Entwicklungshilfen für das selbstgesteuerte Lernen. Hrsg. von Günther Dohmen. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung, S. 269-329.